

Mathias Greffrath

### Der Staat stirbt ab – wo ist das Testament?

Auf der Suche nach den Bürgertugenden für das 21. Jahrhundert

*Seit Jahren liegt die deutsche Steuerquote bei rund 22 % und damit am unteren Ende aller Industriestaaten. Die Abgabenquote – Steuern plus Sozialbeiträge – sank von 40 % im Jahre 2000 auf 37,9 % im Jahr 2008, ins untere Mittelfeld der OECD-Staaten. Das ist die Realität.*

*In einigen überregionalen Zeitungen hingegen wird in letzter Zeit, von solchen Realitäten ungetrübt, über den »ausufernden Steuerstaat« geklagt, über den »totalen Wohlfahrtsstaat«, der die »Leistungsträger« ausbeute und mit einer »Tyrannei der Wohltaten« »Sklavenmentalität« bei den Bürgern erzeuge. Was ist dran an diesem Lamento?*

**Mathias Greffrath**

(\* 1945) ist Schriftsteller und Publizist in Berlin.

Greffrath@aol.com



In Dutzenden von Artikeln wird mit vollem Ernst der satirische Vorschlag des Philosophen Peter Sloterdijk diskutiert, die Besserverdienenden sollten doch, um sich von dieser Diktatur zu befreien, ihren Beitrag zum Gemeinwohl freiwillig spenden, statt Steuern zu zahlen. Die Diskussion zeigt vor allem Eines: In den Mittelschichten beginnt es zu brodeln. Die immer noch Besserverdienenden sind nicht mehr bereit, mit ihren Steuern die wachsenden Kosten des Rentensystems, der Krankenkassen, der Arbeitslosigkeit zu tragen.

Die neue Regierung hat auf dieses Brodeln mit Steuersenkungen reagiert: 1 % für die Geringeren, 18 % für die Leitenden unter den sogenannten Leistungsträgern. Das soll den Mittelstand vom Meutern abhalten, aber es beschädigt nachhaltig Kommunalfinanzen und Sozialsysteme.

Müssen wir uns also vom Sozialstaat verabschieden? Von diesem Kernstück der europäischen Identität, über das der französische Sozialwissenschaftler Pierre Bourdieu sagte, es sei »ebenso kostbar und unwahrscheinlich wie Mozart, Kant und Beethoven, ein Bestandteil unserer Zivilisation wie die Konzertsäle, die Städte, die Kultur Europas«?

In vielen Kämpfen errungen, hat dieser europäische Sozialstaat die entwerzelnde Dynamik des wilden Kapitalismus gemildert. Aus den »Armen«, die auf Almosen angewiesen waren, hat er Bürger mit Rechtsansprüchen gemacht und so den Geburtsfehler der bürgerlichen Gesellschaft korrigiert. Deren Verfassungen garantieren bekanntlich das Recht auf Eigentum, aber kennen kein Recht auf Arbeit. Der Sozialstaat kompensierte diese Asymmetrie der Rechte: In ihm ist die Befreiung der arbeitenden Unterschichten von Unsicherheit, Armut, Sorge um Alter und Gesundheit zu einklagbarem Recht geworden. Das Rentensystem, die Krankenversicherung und die öffentlichen Bildungseinrichtungen gaben den besitzlosen Massen ein Grundgefühl von Sicherheit und banden so ihre Loyalität an den Staat –

nicht zuletzt wuchs damit auch die Sicherheit der Besitzenden und Reichen.

Seit etwa 30 Jahren wissen wir, dass die ökonomischen Grundlagen dieses Sozialstaates wegrutschen. »Globalisierungszwänge« klagen die Parlamentarier und die Regierenden: Sie würden ja gerne, aber leider könnten sie nicht mehr. Und weil die Politiker das Lied von der Alternativlosigkeit dieser Entwicklung so lange und so laut gesungen haben, glauben immer mehr Bürger daran – und gehen deshalb gar nicht mehr zur Wahl. Damit schrumpft die Legitimität von Staat – und Demokratie.

### **Was ist Wohlstand?**

Das alles hat niemand mit bösem Willen veranstaltet, aber man konnte es kommen sehen. »Die letzte Rolle der Nationalstaaten und der Autorität, die in ihnen steckt, ist es, die Menschen auf die neue Weltord-

nung vorzubereiten« – schrieb der amerikanische Historiker Paul Kennedy, der in einem vielbeachteten Buch alle Großprobleme unseres Jahrhunderts benannte: Finanzmärkte, Klima, Energie, Rohstoffe, Wasser, Migration, Hunger, Überalterung.

Kennedys Buch erschien vor 15 Jahren – es war nur *ein* Buch in einer ganzen Bibliothek von Analysen und Warnungen. »Wahrscheinlich«, schrieb Kennedy damals, »wird sich die instinktive Scheu vor unangenehmen Veränderungen durchsetzen«. Und so kam es: Die neue Weltordnung etablierte sich weitgehend ohne politische Gestaltung, nach den Regeln des Marktes. Eine ganze Generation politischer Eliten hat vor den Kräften der Globalisierung schier versagt – wenn es denn die Aufgabe politischer Eliten ist, das Notwendige zu erkennen, es den Bürgern zu erklären und ihnen – und sich – etwas zuzumuten.

Wir brauchen einen neuen Wohlstandsbegriff, so tönt es nun, um Jahrzehnte ver-

spätet, aus einer Expertenkommission, die Präsident Sarkozy eingesetzt und mit Nobelpreisträgern der Wirtschaft bestückt hat: Wir dürfen die Wohlfahrt der Nation nicht länger nur am Fetisch des Sozialprodukts und der Summe der individuellen Einkommen messen, sondern am guten Funktionieren von Institutionen, die Sicherheit geben: Sicherheit vor Arbeitslosigkeit, Altersarmut, Krankheit, Obdachlosigkeit und anderen Lebensrisiken.

Das heißt in der Konsequenz: Wenn wir in den kommenden turbulenten Zeiten den Zusammenhalt der Gesellschaft und die Demokratie bewahren wollen, wird das nur mit mehr, und nicht mit weniger öffentlichem Wohlstand gelingen, das heißt zugleich: mit mehr Sozialstaat.

Dessen modische Verächter in den deutschen Qualitätsblättern polemisieren gegen Umverteilung und Transfereinkommen. Sie kündigen damit den alten Gesellschaftsvertrag. Niemand unter ihnen will die Steuern für Straßen, Flughäfen, Universitäten, Krankenhäuser oder Theater abschaffen. Es geht ihnen ausschließlich um die Sozialleistungen, speziell um die für Arbeitslose und Geringverdiener. Um diejenigen also, die von der Arbeitsgesellschaft nicht mehr gebraucht werden. Und hier, nicht in der Steuerbelastung, liegt der Kern des Problems: Die Arbeitsgesellschaft funktioniert nicht mehr.

Sie aber war der Humus der Solidarität. Denn Solidarität blüht nur unter Gleichen und in Gruppen, die ein gemeinsames Ziel haben. In der Vergangenheit war die Arbeitsgesellschaft der Boden solchen Zusammenhalts. Getragen wurde er von dem Bewusstsein, dass ein Land nicht reich ist, weil der Markt funktioniert und ein paar tausend Leistungsträger ackern, sondern weil ein hochkompliziertes, Millionen von Menschen und Tätigkeiten verbindendes Netzwerk funktioniert, weshalb, so sagte es einst Walter Rathenau, »an der Arbeit, die in unsichtbarer Verkettung alle leisten, alle berechtigt« sind.

### Bürgerrecht ohne Arbeit?

Bürgerstatus kommt im Ethos der Arbeitsgesellschaft all denen zu, die an diesem Netzwerk mitarbeiten und damit ein Anrecht auf Sicherheit und Solidarität erwerben. Umgekehrt gilt: Eine Gesellschaft, die Menschen einen Platz im arbeitsteiligen Gefüge verweigert, verweigert ihnen auch den Bürgerstatus.

Die Überlegung, die »Überflüssigen« durch Spenden der Reichen zu alimentieren, wie es der Chefredakteur der *Welt* vorschlägt; das lyrische Lob einer Mitmenschlichkeit, die im »mildtätigen Herabbeugen« des Gebenden und im »hilfesuchenden Emporblicken« des Empfangenden liegt, wie es ein Literaturkritiker der *Zeit* veranstaltet; oder die Idee, in der Unterschicht statt Geld Lebensmittelmarken zu verteilen, wie es die Kanzlerin schon mal probeweise denkt – dies alles führt uns aus dem Ethos der Arbeitsgesellschaft direkt in feudale Denkweisen und Verhältnisse zurück, in eine Welt, in der es Bürger und Bettler gibt, Reiche und Arme. Mit dem kleinen Unterschied, dass damals Gott es so gewollt hat, und heute der Markt.

Das heißt nun nicht, den Sozialstaat, so wie er war, retten zu wollen. Denn für Aufklärer, Bürger und Demokraten waren Transfereinkommen und Umverteilung immer nur ein – wenn auch gut funktionierender – Notbehelf. Ihr Ziel ist der volle Bürgerstatus für alle, und das heißt praktisch: Vollbeschäftigung. Der Rechtsstaat und die politischen Rechte, sagte Franklin D. Roosevelt in seiner letzten Ansprache an die amerikanische Nation nach Krise und Weltkrieg, seien wichtige Errungenschaften, aber Freiheit, so fuhr er fort, könne nicht existieren ohne ökonomische Sicherheit und Unabhängigkeit. »Bedürftige Menschen sind nicht frei.« Deshalb setzte Roosevelt das Recht auf Arbeit auf die demokratische Agenda, »anständige und nützliche Arbeit zu einem

Lohn, von dem eine Familie leben kann«. Erst wenn alle, die können, zu anständigen Löhnen gute Arbeit finden, für ihren Unterhalt selbst sorgen und sich an der Finanzierung der allgemeinen Aufgaben beteiligen, kommt so etwas wie Bürgergesellschaft – und Demokratie – überhaupt in Sicht.

Vollbeschäftigung aber – bei uns sogar gesetzlich festgeschriebene Staatsaufgabe – steht kaum noch ernsthaft in den Aufgabenbüchern der Parteien, ja, das Wort ist aus der öffentlichen Sprache fast verschwunden. Angesichts sinkender Wach-

tumsraten ist Vollbeschäftigung in einer hochtechnisierten Gesellschaft aber nur durch hochwertige Bildung aller Bürger und durch eine allgemeine Verkürzung der Regelarbeitszeit herzustellen, das heißt: durch eine Umverteilung nicht zwischen Arbeitenden und Alimentierten, sondern durch Umverteilung der Arbeit. Nur so lässt sich die Spaltung der Gesellschaft in Subkulturen der Alimentierten und rebellierende Steuerzahler vermeiden. Nur so wird aus dem Sozialstaat der Bürgerstaat. Das ist eine anspruchsvolle Aufgabe – für wirklich bürgerliche Eliten.

*Hanjo Kesting*

## Quintessenz und Neuanfang

**Vor 150 Jahren wurde Anton Tschechow geboren**

*»Ich bewundere Tschechow maßlos, wie wohl jeder, der Geschichten schreibt. Er ist unnachahmlich«, hat Frank O'Connor, der irische Geschichtenerzähler, gesagt. Und Maxim Gorki, in gewissem Sinn Tschechows russischer Nachfolger, schrieb: »Als Stilist ist Tschechow unerreicht, und der künftige Literaturhistoriker wird, wenn er über das Wachstum der russischen Sprache nachdenkt, sagen, diese Sprache ist von Puschkin, Turgenjew und Tschechow geschaffen worden.«*

Tschechow, geboren 1860 in Taganrog am Asowschen Meer, war, um einige Vergleichszahlen zu geben, zehn Jahre jünger als Maupassant und Stevenson, zehn Jahre älter als Gorki und Marcel Proust. Er war der Enkel eines Leibeigenen, der sich freigekauft, und der Sohn eines kleinen Kaufmanns, der Bankrott gemacht hatte und mit seiner Familie in Moskau in ärmlichsten Verhältnissen lebte. Dank einem Stipendium studierte er Medizin und begann, einstweilen pseudonym, Geschichten für Zeitungen und Zeitschriften zu schreiben, um zum Lebensunterhalt der Familie beizutragen. Seine Geschichten besaßen einen eigenen Ton und eine Komik, die bitter schmeckte. Seit 1884 war er praktizierender Arzt, schrieb aber weiter,



**Hanjo Kesting**

(\* 1943) Kulturredakteur dieser Zeitschrift. Zuletzt erschien bei Wallstein: *Ein Blatt vom Machandelbaum. Deutsche Schriftsteller vor und nach 1945.*

mit wachsendem Selbstbewusstsein und zunehmendem Erfolg. Schließlich hatte ein damals berühmter Schriftstellerkollege, Dmitri Grigorowitsch, ihm geschrieben: »Sie besitzen, mein Herr, ein ganz außerordentliches Talent, das meiner Überzeugung nach auch vor den höchsten Aufgaben nicht zurückzuschrecken braucht. Es wäre ein Jammer, wenn Sie fortführen,